

Einleitung

Auch im hohen Alter erfreut sich der neofaschistische Ideologe und Rechtsterrorist der späten 1960er Jahre Franco Freda (geboren 1941) bester Gesundheit. Seiner Heimatstadt Padova in der Region Veneto hat Freda den Rücken gekehrt: Für ihn gehört sie, wie Mailand, wegen der »Überfremdung« nicht mehr zu Italien. Heute verbreitet er als Verleger vom beschaulichen Avellino aus seine rechten Hetzschriften. Mussolini und Hitler bewundert der bekennende Faschist seit jeher. In den letzten Jahren ist noch ein drittes Idol hinzugekommen: Matteo Salvini, in dem er den »letzten Verteidiger der weißen Rasse« in Italien sieht.

Ist das der sprichwörtliche »Beifall von der falschen Seite«, für den der Bewunderte nichts kann? Salomone »Moni« Ovadia, 1946 in einer jüdischen Familie in Bulgarien geboren und in Mailand aufgewachsen, ein bekannter Schauspieler, Sänger, Regisseur, Komponist und Autor, gibt nichts auf die Ausflüchte der italienischen Rechten. Nie habe sie versucht, sich vom »ventennio«, den 20 Jahren Faschismus unter Mussolini, abzugrenzen: »Der Faschismus als kulturelles Hinterland ist nie aus ihrer Identität verschwunden.« Brandgefährlich sei, wer sich da anschicke, Italien im dritten Jahrtausend zu regieren, schrieb Ovadia: »Souveränisten, Populisten, Antisemiten, Islamfeinde, Nostalgiker des Nazismus der schlimmsten Sorte.«¹

Anlass für Ovadias scharfe, aber wohlbegründete Polemik war ein Vorfall im italienischen Senat, der zweiten Kammer des Parlaments. Dort wurde im November 2019

über einen Antrag der 89-jährigen Senatorin auf Lebenszeit Liliana Segre abgestimmt. Als Jüdin war sie Anfang 1944 im Alter von 13 Jahren nach Auschwitz deportiert worden, hatte die Haft, den Todesmarsch und weitere Lager überlebt. Im demokratischen Italien erwarb sie sich hohes Ansehen durch ihre Arbeit als Zeitzeugin und aktive Antifaschistin. Im vergangenen Jahr beantragte sie im Senat, eine parlamentarische »Kommission gegen Hass, Rassismus und Antisemitismus« einzurichten. Deren Auftrag soll es sein, rassistische und antisemitische Hetze vor allem im Internet zu dokumentieren und zu bekämpfen; Liliana Segre selbst bekommt ständig Hassbotschaften, zum Teil mit Morddrohungen.

Die Einrichtung der Kommission wurde auch beschlossen – mit 151 Ja-Stimmen, aber 98 Enthaltungen, letztere allesamt von der vereinten Rechten aus Lega, Forza Italia und Fratelli d'Italia. Während die Mitglieder der anderen Fraktionen sich im Anschluss an die Abstimmung zum Applaus erhoben, um Person und Lebensleistung der Antragstellerin zu würdigen, blieben die rechten Senator*innen demonstrativ sitzen.

Die folgenden Rechtfertigungsversuche aus ihren Reihen gerieten ebenso hilflos wie aggressiv. Giorgia Meloni, Generalsekretärin der neofaschistischen Fratelli d'Italia, gab zu Protokoll, sie habe mit ihrer Enthaltung »die Familie schützen« wollen. Matteo Salvini begründete das Stimmverhalten der Lega so: »Es ist eine Sache, den Antisemitismus zu bekämpfen, und eine andere, einer sowjetischen Kommission von links die Definition zu überlassen, was Rassismus ist und was nicht.«²

Während sich die Affäre in aller Öffentlichkeit abspielte und dauerhaft im kollektiven Gedächtnis bleiben dürfte, ist der alltägliche Rassismus nur selten ein Thema der Medien. Auch hier half die Prominenz einer Betroffenen bekanntzumachen, was insbesondere Schwarze Menschen ständig erleben. Eni Aluko, Profi-Fußballerin mit nigerianischen Wurzeln, die mehr als 100 Länderspiele für England absolviert hat, war bis Herbst 2019 bei Juventus Turin unter Vertrag. Die Stadt sei in Sachen Offenheit gegenüber »andersartigen« Personen um einige Jahrzehnte zurückgeblieben, kritisierte sie. Dabei ging es ihr vor allem um Diskriminierungen im Alltag: So wurde sie auf dem Turiner Flughafen regelmäßig durchsucht, von Drogenhunden beschnüffelt und beim Einkaufen im Supermarkt misstrauisch beobachtet. Italienische Medien griffen ihre Erfahrungen erst auf, nachdem der britische Guardian Ende November 2019 ihren offenen Brief veröffentlichte, in dem sie darüber berichtet hatte.³

Was Eni Aluko schildert, klingt alltäglich und geschieht nicht nur in Italien. Offensichtlich ist, dass ihre Erfahrungen die rechte Hetze widerspiegeln, nach der Migration ein Sicherheitsrisiko und ihre Begrenzung auf nahe Null daher einen Beitrag zur Landesverteidigung darstelle. Als mutigsten Kämpfer an dieser Front weiß sich Matteo Salvini zu inszenieren. Im Januar 2020, wenige Tage vor der Regionalwahl in der Emilia-Romagna, begab er sich persönlich auf Verbrecherjagd nach Pilastro, in ein »Brennpunktviertel« von Bologna, eingepfercht zwischen Gleisen, Autobahn und Gewerbegebiet. Ein (später gelöscht) Video auf Facebook zeigte ihn, wie

er mitten in der Nacht bei der aus Tunesien stammenden Familie eines angeblichen Drogendealers klingelte und per Gegensprechanlage (citofono) eine Art Verhör versuchte. Es war ein wegen Stalking suspendierter Polizist, der den – offensichtlich falschen – Tipp gegeben hatte. Der von Salvini verfolgte Jugendliche erklärte sich für unschuldig, und auch die Menschen in dem mit-angeklagten Stadtteil setzten sich gegen die kollektive Stigmatisierung zur Wehr. Seitdem sind »Pilastro« und »citofono« Chiffren für die Arroganz der Macht eines selbst ernannten Rächers, der über dem Gesetz zu stehen meint und sich exekutive Vollmachten anmaßt. Das taten – allerdings mit deutlich brutaleren Mitteln – auch die Faschisten der »Bewegungsphase«, bevor ihnen im Oktober 1922 von den alten Eliten die Regierungsgewalt übergeben wurde. Auch wenn vorschnelle Analogien nicht hilfreich sind, werfen die geschilderten Ereignisse – die für unzählige ähnliche stehen – die Frage auf: Ist Italien, das Mutterland des Faschismus, abermals auf dem Weg in ein autoritäres Regime?

Primo Levi (1919–1987), der Shoah-Überlebende und vielleicht bedeutendste italienische Autor des 20. Jahrhunderts, schrieb 1974: »Jede Zeit hat ihren Faschismus: Warnende Zeichen zeigen sich überall dort, wo die Konzentration der Macht dem Staatsbürger die Möglichkeit und Fähigkeit verweigert, seinen Willen auszudrücken und wirksam werden zu lassen. Dorthin gelangt man auf vielfältige Weise, nicht unbedingt durch den Terror polizeilicher Einschüchterung, sondern auch, indem Informationen negiert oder verdreht, die Justiz

beschmutzt, die Schule gelähmt und auf vielfältige subtile Weise Nostalgie für eine Welt verbreitet wird, in der die souveräne Ordnung herrschte und die Sicherheit der wenigen Privilegierten auf der erzwungenen Arbeit und dem erzwungenen Schweigen der vielen beruhte.«

Levis Artikel mit der Überschrift »Eine Vergangenheit, von der wir glaubten, sie würde nie wiederkehren« erschien am 8. Mai 1974 in der Mailänder Tageszeitung *Corriere della Sera*. Drei Wochen später, am 28. Mai, explodierte auf der Piazza della Loggia in Brescia während einer antifaschistischen Kundgebung eine Bombe: 102 Menschen wurden verletzt; unter den acht Toten waren fünf Lehrer*innen, zwei Arbeiter, ein Rentner und ehemaliger Partisan. Der Anschlag, der sich ganz offen gegen die erstarkende Linke richtete, war nur einer von vielen im Rahmen der rechtsterroristischen »Strategie der Spannung«. Ähnliche Gewalttaten haben sich zum Glück in den vergangenen Jahren nicht wiederholt. Alltäglich aber sind Übergriffe gegen Migrant*innen, Roma und Aktivist*innen, die sich der Hetze und dem strukturellen Rassismus des Staates entgegenstellen. Im Sommer 2019 war es der amtierende Innenminister Salvini, der die Seenotretter*innen auf dem Mittelmeer als tödliche Bedrohung für Italiens Grenzen und Sicherheit brandmarkte. Hinter den NGOs, behauptet er nach wie vor, stehe eine internationale Verschwörung, die das Land destabilisieren wolle. Seiner Popularität tat diese offensichtliche Lüge keinen Abbruch – im Gegenteil: Während er elementare Gesetze brach, stiegen seine persönlichen Umfragewerte und die der Lega auf fast 40 Prozent.

Auch nach Salvinis selbstverschuldetem Sturz im August 2019 verfügt der Rechtsblock aus Lega, Forza Italia und Fratelli d'Italia über eine stabile Anhängerschaft. Damit wäre bei Neuwahlen eine rechte Mehrheit greifbar nahe – und mit ihr ein Regime möglich, das mit dem historischen Faschismus auf den ersten Blick kaum Gemeinsamkeiten hätte. Umberto Eco warnte schon 1995 vor einer politischen Ordnung, in der ein Führer zum Interpreten des Volkswillens wird: »Nachdem sie ihre Delegationsmacht verloren haben, handeln die Bürger nicht mehr; sie werden nur noch von Zeit zu Zeit zusammengerufen, um die Rolle des Volkes zu spielen.« Orte für faschistische Massenaufmärsche wie seinerzeit die Piazza Venezia in Rom oder das Nürnberger Reichsparteitagsgelände würden nicht mehr benötigt: »In der Zukunft bietet sich ein TV- oder Internet-Populismus an, bei dem die emotionale Antwort einer Gruppe ausgewählter Bürger als ›Stimme des Volkes‹ präsentiert und akzeptiert werden kann.«⁴

Im Zeitalter der sozialen Medien und der Manipulation durch Fake News ließen sich weitere dystopische Szenarien hinzufügen. Dass die Rechte bereits einen Fahrplan der nach einer »Machtergreifung« fälligen Schritte hätte, ist nicht anzunehmen. Zur Beruhigung aber taugt das nicht. Denn erstens hatte auch Mussolini keinen Fahrplan. In Italien nahm die Festigung des faschistischen Regimes – anders als in Deutschland – mehrere Jahre in Anspruch. Und zweitens war, knapp 100 Jahre später, auch schon in den gut 14 Monaten der gelbgrünen Regierung aus Fünf-Sterne-Bewegung und

Lega eine rasante Rechtsentwicklung zu beobachten. Angetrieben wurde sie durch den entschlossenen Juniorpartner, die Lega, obwohl sie mit gut 17 Prozent der Stimmen bei der Wahl im März 2018 nur dritter Sieger war und daher im Parlament klar in der Minderheit ist.

Vor allem im Bereich der »inneren Sicherheit« wurden auf Druck der Lega Fakten geschaffen, insbesondere mit zwei »Sicherheitsdekreten«. Sie verschärfen die Entrechtung von Migrant*innen und Asylsuchenden sowie die Kriminalisierung der Seenotrettung, richten sich aber auch gegen Hausbesetzungen und politischen Protest. Gesetz werden konnten die insgesamt 58 Artikel nur, weil die Abstimmung darüber mit der Vertrauensfrage verbunden wurde. Im Sinne der Koalitionsräsion stimmten auch diejenigen Parlamentarier*innen der Fünf-Sterne-Bewegung mit Ja, die das rassistische und antidemokratische Machwerk »eigentlich« ablehnen.

Vielleicht noch alarmierender als die repressiven Paragraphen war die tägliche Begleitmusik in den Verlautbarungen der Regierung, den Kommentaren rechter Medien und den Hasstiraden im Netz. Rechtsbruch und rassistische Hetze gegen Seenotrettung, Attacken auf die Unabhängigkeit der Justiz und der Presse, Verharmlosung des historischen Faschismus, rhetorische Anleihen bei Mussolini, Kult der Familie und des sie beschützenden starken Mannes – all diese Standards aus dem Repertoire Matteo Salvinis und seiner Komplizen fanden und finden lauten Widerhall. Neofaschistische Kleingruppen ebenso wie mehr oder weniger spontan sich zusammenrottende Rassist*innen werten sie als

Aufforderung zur Gewaltanwendung gegen diejenigen, die als Angehörige von Feindgruppen markiert werden.

Salvinis Koalitionsbruch im August 2019 und die Installierung einer Regierung aus MoVimento Cinque Stelle (M5S), Partito Democratico (PD) und Liberi e Uguali (LeU) haben den Kräften, die sich der Faschisierung entgegenstellen, eine Atempause gewährt. Genutzt wird sie unter anderem von der antirassistischen Bewegung der Sardinien. Deren Mut machende Aktionen dürfen nicht übergangen werden, wenn die Frage nach der faschistischen Gefahr erörtert wird.

Dass die politische Entwicklung Italiens auch auf andere europäische Länder ausstrahlt, ist offensichtlich. Darauf weist etwa der englische Historiker Perry Anderson hin. In seinem 2015 erschienenen Buch *Das italienische Desaster* analysierte er das Erbe der Ära Berlusconi und den autoritären Populismus unter den Premiers Mario Monti und Matteo Renzi. Was danach kommen würde, konnte Anderson nur ahnen. Sein Buch endet mit dem keineswegs ermutigenden Befund: »Es gibt eine geheiligte Phrase, um Italiens Position zu beschreiben: Sie wird inner- und außerhalb des Landes viel gebraucht. Aber sie ist falsch: Italien ist keine Anomalie innerhalb Europas. Es ist viel eher ein Konzentrat der europäischen Situation.«⁵ Andersons Warnung ist ein weiteres Argument dafür, die italienischen Verhältnisse genauer zu betrachten, um ihre Besonderheiten besser zu verstehen und auch ihre Übertragbarkeit auf andere Länder einzuschätzen. Mit dem vorliegenden Buch soll dazu ein Beitrag geleistet werden.